

# Sozial-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Bezugsspreise:**  
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Ausstellung 7.50 Mark, vierteljährlich  
18.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.,  
einschl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
einzelnen, Zeitungsverzeichnis unter  
Sozial-Zeitung eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Erlaubnis der Redaktion. Ver-  
antwortl. Schriftf. Nr. 1418  
v. 7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133;

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gespartene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unser Geschäftsstellen u. sämtliche  
Anzeigenvermittler. Erfüllungsort:  
Halle. Erstausgabe täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schreibweise und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Prom-  
nade 13, Dr. Draubowstr. 17.  
Lieben-Geschäftsstellen: Große  
Ulrichstraße 52 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609

Nr. 365.

Halle, Sonnabend, den 7. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Der polnische Zusammenbruch.

Es steht jetzt außer allem Zweifel, daß Polen mili-  
tärlich nicht mehr zu retten ist. Die Waffenstillstands-  
verhandlungen vor Baranowitsch haben zu keinem Resul-  
tate geführt; warum sie ergebnislos blieben, und von  
welcher Seite die Haupthindernisse einer Verständigung  
aus, wissen wir noch nicht genau. Wir sind ja auch noch  
nicht über die Waffenstillstandsbedingungen unterrichtet,  
die die Russen den polnischen Unterhändlern vorlegten. Bisher  
ist nur bekannt, daß die Sowjetregierung die Waffenstill-  
stands- und Friedensverhandlungen verknüpfen wollte, und  
daß die Polen es abgelehnt haben, ohne Teilnahme Eng-  
lands und Frankreichs über den Frieden zu sprechen. Sie  
jandelten damit im Sinne der von London ausgegebenen  
Parole. Als die Serie der polnischen Niederlagen begann,  
wollte Lloyd George zwischen Sowjetrußland und dem  
Schicksalsstaate der Entente vermitteln. Die Sowjets er-  
klärten darauf in jener Antwort, die Millerand „imper-  
nent“ genannt hat, daß sie zum Frieden bereit seien, aber  
verlangten mühen, daß Polen selbst um Waffenstillstand  
bitte. Auf einen Wink von London her hat sich die pol-  
nische Regierung dazu bequemt, England schlug dann eine  
Konferenz in London vor, wo unter dem Patronat der En-  
tente über die polnisch-russischen Friedensbedingungen, über  
die Handelsfragen, und schließlich über das Verhältnis  
Sowjetrußlands zu den Ententeländern (also über das  
Thema, zu dessen Förderung Krassin schon monatelang in  
sein britischen Hauptstabs) verhandelt werden sollte. Die  
Russen haben diesen Vorschlag, soweit bisher bekannt, offi-  
ziell nicht beantwortet; inoffiziell sollen sie sich zustimmend  
äußert und angeblich die Beteiligung „aller Großmächte“  
in der Konferenz verlangt haben. Wenn sie jetzt mit den  
Polen nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch  
gleich über die Friedensbedingungen — oder doch über den  
wichtigsten Teil derselben — debattieren wollen, so braucht  
das nicht unbedingt eine Durchbrechung der Londoner Ab-  
reden zu bedeuten. Aber eine gewisse Präjudizierung  
dieser Absichten ist es auf jeden Fall. Vielleicht wünschten  
die Russen die Polen auf gewisse Dinge festzulegen, um eine  
Vorgabe im Spiel zu haben, zu dem sie sich in London nieder-  
zusetzen wollen oder müssen. Vielleicht dachte sie daran, mit  
ihren Friedensbedingungen in Polen selbst agitatorisch zu  
wirken. Vielleicht wollten sie die erwartete Ablehnung be-  
nutzen, um ihren militärischen Sieg zu vervollständigen und  
ihre territorialen Forderungen im Gebiete der polnischen Re-  
publik zu vermindern.

Charakteristischerweise ist die Meinung, daß England  
auf das russische Verhalten hin die Londoner Konferenz ab-  
gesagt habe, demontiert worden. Lloyd George geht mit  
Sowjetrußland überaus vorsichtig um und läßt sich von  
seinen Machthabern ziemlich viel bieten. Von einer mili-  
tären Unterstützung Polens wird in England nicht mehr  
— rühmt geredet. Die Briten wissen, daß sie aussichtslos  
wäre und sie sind überdies mit militärischen Aufgaben und  
Lästen in ihrer neuen Interessensphäre im nahen Osten  
recht beschäftigt. In Mesopotamien allein sollen fast eine  
Million Mann stehen. Sie drohen aber gar nicht erst mit  
Krieg, sondern sie drohen wieder einmal mit ihrer Spezial-  
waffe, dem Wirtschaftsstreike. Rußland soll erneut bloßiert  
oder vielmehr die Blockade Rußlands soll fortgesetzt werden.  
Den Russen liegt ferner sehr viel an der Wiederaufnahme  
oder Wirtschftsbeziehungen mit dem Westen; aber es scheint  
noch nicht, daß sie sie unbedingt und um jeden Preis heute  
oder morgen haben müssen. Sonst hätte Krassin die Ver-  
handlungen in London anders geführt. Die Waffe ist also  
nicht von entscheidender Schärfe. Andererseits ist das bols-  
chewistische Arsenal keineswegs leer. Von Afghanistan bis  
Sri Lanka spürt Britannien überall die bolschewistische Unter-  
stützung aller gegen die Reichsautorität gerichteten Bewe-  
gungen. Und wenn die Befriedung des Kontinents ein  
englisches Interesse ist, so kann Sowjetrußland dieses Inter-  
esse nach der Wiedervereinigung Polens schwer schädigen.

Die einfache Wahrheit ist die, daß zwischen England  
und Rußland keine so eindeutige machtpolitische Ueberlegen-  
heit des einen Teils besteht, daß es dem anderen seinen  
Willen aufzwingen könnte. Jeber von den beiden kann  
dem Partner schaden, jeder ist in gewisser Beziehung auf ihn  
angewiesen, aber keiner kann eben diktieren. Aus dieser  
Situation ergibt sich ein gegenseitiges diplomatisches Be-  
wahren, das schließlich zu irgend einer Art Kompromißver-  
ständigung — wenn auch nur für den Augenblick und mit  
Vorbehalt — führen mag.

In diesem eigentümlichen englisch-sowjetrussischen Be-  
hältnis liegt für uns die einzige Hoffnung, daß wir unsere  
Neutralität aufrechterhalten und außerhalb des Kampfes  
bleiben können. Die offizielle Betonung, daß wir unsere  
Neutralität nach jeder Seite und mit allen Mitteln ver-  
teidigen werden, war dringend notwendig. Gegen die En-  
tente für unsere Neutralität Krieg mit den Waffen zu  
führen, wäre ja ein ziemlich hoffnungsloses Unternehmen.  
Aber es gibt andere Mittel, Mittel wirtschaftlicher Art (die  
sich schon in Danzig bewährt haben) und zu ihnen müßten  
wir greifen, um den Russen nicht Anlaß oder Vorwand zu  
geben, unser Land zum Kriegsschauplatz zu machen. Wenn

die Entente nicht einen „großen Krieg“ gegen Rußland  
führen will, sondern sich mit mehr demokratischen Hilfe-  
leistungsverläufen begnügt, kann das gelingen. Daß Eng-  
lands „diplomatische“ Politik in dieser Linie liegt, in ihr  
liegen mag, ist immerhin eine leise Beruhigung in einer  
Situation voll schwerster Gefahren.

## Warschau rüstet zur Verteidigung.

Wl. B. Warschau, 6. August. Kurier Warschawski be-  
richtet, der Stadtrat der Hauptstadt Warschau hat beschlossen,  
einen Rat zur Verteidigung der Stadt zu bilden, der aus elf  
Personen besteht und die Aufgabe haben soll, die Tätigkeit  
der Bevölkerung der Stadt Warschau zur Verteidigung zu-  
sammenzufassen. Gleichzeitig wird ein Aufruf an die Be-  
völkerung erlassen.

## Die Herabsetzung der Fleischpreise.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichs-  
tags hielt am Donnerstag eine längere Sitzung, in welcher  
die Frage der Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Vieh  
und Fleisch weiterberaten wurde. Mit Bezugnahme auf die  
Aussagen des Ernährungs- und Landwirtschaftsministers  
legte der Abg. Wieser (Centr.) einen Antrag vor, die Auf-  
hebung der Zwangsverpflichtung für Vieh und Fleisch so lange  
hinauszuschieben, bis die entsprechenden Sicherungen von  
Brotgetreide und Futtermitteln durchgeführt sind. Minister  
Fermes betont, daß diese Sicherungen zu schaffen erfor-  
derliche Weise bis Mitte August nicht möglich sein werde.  
Die Einfuhr von Meis und Futtermitteln werde sich wohl noch  
in diesem Monat durchführen lassen; diese Futtermittel  
sollten dann der Bewirtschaftung zu erträglichen Preisen zu-  
geführt werden. Als dritte Bedingung für die Freigabe der  
Fleischverpflichtung müsse der Fortbestand der Reichs-  
fleischteile verlangt werden, damit diese auch ferner-  
hin reguliert bei der Fleischherstellung und auf die Preis-  
gestaltung wirken könne. Sachverständige sollten dabei mit-  
wirken.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich  
namentlich Abg. Dr. Böhm (Dem.) beteiligte, wird dem  
stattegegeben und Oberregierungsrat Nikles gibt die dies-  
bezüglichen Vorschläge der Regierung bekannt:  
Die Großviehpreise sollen um 40 Mark  
pro Zentner gesenkt werden und der Preis für  
Tiere in der Klasse B um 30 Mark niedriger  
gesetzt und für die schlechtesten dieser Klasse ein Preis von  
240 Mark für den Zentner gesetzt werden.

Minister Fermes kann die gegen die Herabsetzung der  
Viehpreise gemachten Einwände nicht als durchschlagend er-  
achten. Die Herabsetzung der Viehpreise müßte er durch-  
führen, insbesondere auch im Hinblick auf die Wünsche der  
Landwirtschaft in Süddeutschland. Wegen Entschädigung  
der an Maul- und Rußenseuche zu Verlust gegangenen  
Tiere sei er mit den Ländern in Verbindung getreten.  
Bayern hätte bereits über 30 Millionen Mark bereitgestellt.

Abg. Jaub (Bav. V.) beantragt eine Erhöhung der  
Preise für Schweine und Räder um je 50 Mk. — Nachdem  
der Minister dagegen Bedenken geäußert hatte, wurde dieser  
Währungsantrag mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt  
und die Regierungsvorlage unverändert an-  
genommen.

Die Preise für gering genährte Rinder werden fest-  
gesetzt auf 180 Mk. für angelegte Rinder, 240 Mk.,  
fleischige Rinder (Klasse B) 300 Mk. und vollfleischige  
Rinder (Klasse A) auf 340 Mk. für den Zentner. Der Höchst-  
preis für Schlachtkälber im Alter unter drei Jahren wird  
gesetzt auf 350 Mk. für Schlachtschweine auf 350 Mk. Der  
Preis für Vertragschweine wird dadurch nicht berührt. Für  
Schafe und Lämmer wurden je nach Art und Fleischqualität  
Preise festgesetzt von 200 bis 360 Mk.

Dann wurde auch dem Regierungsentwurf über die  
Einführung der Kundenliste für die Fleisch-  
faktoren einstimmig Zustimmung erteilt, dabei  
wurde betont, daß diese Verordnung nicht eine Befreiung  
der öffentlichen Fleischbewirtschaftung bedeute. Ueber die  
hierzu gestellten Anträge wurde die Beschlußfassung aus-  
gesetzt.

## Umstellung der staatlichen Betriebe auf kaufmännische Grundlage.

Leipzig, 5. Aug. Ueber die geplante Umstellung der  
Staatsbetriebe auf kaufmännische Grundlage, die in Sachsen  
zur Durchführung kommen soll, und welche auch in Preußen  
mindestens Dr. Reinhold gegenüber dem Vertreter des  
„Dammert-Dienkes“ unter anderem wie folgt: „Für die  
einzelnen Länder wird es bei dem gegenwärtigen Stande  
der Finanzen mehr denn je notwendig sein, sich aus ihren  
industriellen Unternehmungen Einnahmequellen zu er-  
schließen. Dazu ist es zunächst nötig, daß die Herren, die  
die Unternehmungen des Staates leiten, dies nicht als Be-  
wahrung in abhängiger Stellung tun, sondern daß ihr Verant-  
wortungsbewußtsein dadurch gehoben wird, daß sie nach eigenem  
Ermeßen so viel als möglich die laufenden Entscheidungen zu  
treffen vermögen. Zu diesem Zweck wird es notwendig  
sein, die einzelstaatlichen Unternehmungen mehr als bisher  
auf eigene Füße zu stellen, so daß nicht nur rein äußerlich  
in der doppelten Durchführung die Reform erfolgt, sondern  
daß auch ihr der kaufmännische Geist in der Verwaltung er-  
scheint. In der Verwaltung des Vermögensapparates  
des Gesamtstaates, der vornehmlich, das ist der Schwerpunkt  
aller Verbesserungen der nur langsam arbeitenden Staats-

maschine die einzelnen Unternehmungen des Staates selbst-  
ständig ausgebaut werden. Die nötige Kontrolle wird in  
erster Linie von einem Verwaltungsrat ausgeübt werden,  
dem Vertreter des Parlaments, der Regierung, der Arbeit-  
nehmermacht und erfahrene Leute aus dem Privatwirtschafts-  
leben angehören. Die Kontrolle und Bewilligungsrechte der  
Volkskammer sollen selbstverständlich gewahrt bleiben. Es  
wird im Gegenteil die Kammer in jedem Etat ein Vor-  
anschlag für die einzelnen Werke vorgelegt werden, des-  
gleichen auch für jedes Rechnungsjahr eine vorher von Revi-  
soren geprüfte Bilanz. Durch diese einschneidenden Ver-  
änderungen hofft der Minister die wachsenden Staatsausgaben  
in ertragreiche Unternehmungen umzuwandeln, an denen  
übrigens entgegen anders lautenden Presseberichten aus-  
ländisches Kapital niemals beteiligt sein wird.

## Beamtenstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 6. August. Heute nacht sind die Beamten  
im Saargebiet in den Streik getreten. Er richtet sich gegen  
die Beschlüsse der Regierungskommission im Saargebiet,  
wonach die Beamten der Regierungskommission den Treueid  
leihen sollten und wonach diese Kommission das Recht hat,  
die Beamten innerhalb sechs Monaten ohne Angabe von  
Gründen zu entlassen. Auch die Eisenbahner haben den  
Streik begonnen.

## Die Steuerdrückeberger.

Eberfeld, 5. August. In den letzten Tagen sind die  
Arbeiter in den Werken verschiedener großer Unternehmungen  
rortrefflich geworden, die bereits von den Wahlen abgesehen  
Steuern zurück zu erhalten. Gestern nachmittag verlan-  
gen auch die Angestellten des Wernerkhauses die Zahlung  
der bereits eingehaltene Gelder. Da eine Einigung nicht  
herbeigeführt werden konnte, mußte das Kaufhaus  
geschlossen werden.

## Der Streik an der Ueberlandzentrale Stralund.

Swinemünde, 5. August. Der Ausbruch der Beamten-  
und Arbeiterstreik der Ueberlandzentrale Stralund und der  
Betriebswerke Swinemünde dauert nach wie vor in vollem  
Umfange an, so daß ganz Pommeren ohne Licht  
und Kraft ist. Der Aufsichtsrat der Ueberlandzentrale  
hat in den bisherigen Verhandlungen die Gehalts-  
und Lohnverbesserungen, die angesichts des günstigen Abflusses bei  
der Generalversammlung gefordert wurden, abgelehnt. Die  
Babeorte haben unter dem Streik sehr zu leiden: die  
Zeitungen können noch immer nicht erscheinen. Im allge-  
meinen ist die Lage ruhig.

## Vom polnisch-russischen Kriege.

Paris, 6. August. Nach einer Saasammlung aus  
London behauptet „Daily Mail“ zu wissen, daß Lloyd George  
gestern Krassin und Kamenev mitgeteilt habe, es seien Ver-  
träge über die Wiederbeauftragung einer neuen  
Botschaft an die britischen Gesandtschaften ergangen.

Paris, 6. August. Nach einer Saasammlung aus  
London meldet „Morning Post“, daß sich eine polnische Dele-  
gation zum Abschluß eines Friedensvertrages mit den Bolschewi-  
kern am 5. August nach Winsk begeben habe.

Kopenhagen, 6. August. Nach einem Telegramm aus  
Warschau lag der polnische Generalstab in der Lage an der  
Front hat sich bedeutend verbessert. Zwischen  
Karew und Bug haben die Bolschewiken eine große Nieder-  
lage erlitten, sie verloren 5000 Gefangene, 400 Kanonen,  
eine große Anzahl Kanonen und Maschinengewehre. Auch auf  
dem übrigen Teil der Front wird der Widerstand der Polen  
von Stunde zu Stunde heftiger. Sowohl in Kongratopol,  
am Karew und Bug, als auch in Dzikowen am Serech,  
waren gestern alle bolschewistischen Angriffe erfolglos. Die  
Stadt Lomża, die seit dem 27. Juli von den Bolschewiken  
angegriffen wird, verteidigt sich hartnäckig. Die Beschie-  
ßung und Freimische nehmen an der Verteidigung teil. Die  
Besatzer der Stadt haben, anstatt zu flüchten, ein Ver-  
teidigungslinien geschict und sind in großen Mengen in  
den Hilfsdienst eingetretten. Die Frauen transportieren  
Nahrungsmittel und tun Sanitätsdienste. Die Bauern von  
den umliegenden Dörfern liefern unentgeltlich Lebensmittel  
für die Garnison.

Amtierdam, 6. August. Der „Times“ zufolge wird in  
russischen Kreisen in London behauptet, daß das Telegramm,  
welches Kamenev aus London erhalten, und von dem Lloyd  
George im Unterhause gesprochen hat, bezeugt, selbst wenn  
Befehl gegeben würde, den Vormarsch einzustellen, würde  
das rote Heer nicht gehorchen. Der Ausbruch einer Gegen-  
revolution sei zu befürchten, da das rote Heer nicht  
auf Frieden sein würde, bevor Warschau genommen sei.

## Kein russisch-deutsches Bündnis.

Paris, 6. August. Nach einer „Matin“-Melbung aus  
London erklärte Krassin, Rußland habe mit Deutschland kein  
Abkommen geschlossen.

## Antideutsche Agitation in Polen.

Berlin, 6. August. In letzter Zeit wird in den a-  
Polen abgetretenen Gebieten von nationalpolnisch-  
polnischer Seite eine lebhaft Agitation gegen die deutsch-  
stämmigen Bewohner des Gebiets geführt. Teilweise ist es

legat Igon zu Tatkraften gegen Denzige gekommen. Ebenso haben einzelne amtliche polnische Stellen durch ihr Verhalten dazu beigetragen, den Geisteshaushalt beider Nationalitäten noch weiter zu verflären. Der deutsche Gesandte in Warschau ist daher angewiesen worden, die polnische Regierung um Vorkorrekturen zu bitten, eine Verklärung der Gegensätze zwischen beiden Nationalitäten auszuschließen geeignet sind. Bei der Uebersage der Note sind ihm seitens des Ministeriums des Aeußeren in Warschau energische Mahnungen zur Erhaltung des friedlichen Einvernehmens zwischen den verschiedenen Bevölkerungsstellen in Aussicht gestellt worden.

### Vom Sozialistkongress in Genf.

**Widmung der Rätefraktion.**  
Genf, 5. August. In der Nachmittags Sitzung des Intern. Sozialistkongresses wurde die Stellungnahme der Internationalen zum internationalen Arbeitsamt in Genf erörtert. Die von der Kommission unterbreitete Resolution wurde gegen vier englische Stimmen angenommen. Die Resolution erklärt, daß der Kongress die Einrichtung als den stärksten Pfeiler des Völkereubens und als Grundlag der Sozialistischen Internationalen betrachtet und hofft, daß von ihr für die Zukunft Geleise zu erwarten sind, die in ihrer internationalen Anwendung den berechtigten Forderungen der Arbeiter sicher entsprechen werden.

Deshalb fordert der Kongress die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt auf, daß internationale Arbeitsamt zu unterstützen. Nach Annahme dieser Resolution begann der Kongress die Debatte über das politische System der Sozialdemokratie.

Namens der Kommission unterbreitet Sidney Webb England dem Kongress einen Vorschlag, der u. a. die Grundzüge der Internationalen in Bezug auf den Parlamentarismus enthält und erklärt, daß das Parlament als Macht des Volkes die Volksangelegenheiten vertritt, die gesetzgeberische Gewalt ausüben und die Führung der politischen Geschäfte zu betragen hat. Neben dem Parlament soll ein Wirtschaftsrat bestehen, der sich aus den einflussreichen Berufs- und demokratischen Organisationen zusammensetzt. Für die Sozialisierung legt das Parlament die allgemeinen Grundzüge fest, ebenso die Art und Weise der Verwaltung.

Wanderlande-Belgien erklärte, daß durch die Resolution eine klare Stellung genommen werde zwischen dem kommunistischen System von Moskau und dem demokratischen System der Zweiten Internationalen. Scheidemann-Deutschland betonte, es müßte klar ausgesprochen werden, daß die Zweite Internationale den Bolschewismus grundsätzlich ablehne und streng auf dem Boden der Demokratie stehe. In der Abstimmung wurde die Entschließung gegen eine englische Stimme angenommen. Der Kongress lehnt also mit aller Entschiedenheit den Bolschewismus und seine Rätefraktion ab. Nach einem Schlußwort schloß der Präsident den Kongress. Die nächste Tagung wird 1922 in Brüssel abgehalten werden.

### Zu William Kochs Tode

erhalten wir aus Quertour folgendes Gedicht, das so recht zeigt, wie der seltsame Mann in seiner Heimat wirken wurde. Aus arbeitsdem Leben ist geschieden. Des Freilebens alter Führer William Koch. Der Arbeit galt sein Leben und sein Leben. Des Vaterlandes Ehre stellt er hoch. Ein Mann mit diesem selten goldenen Sezen. Zu dem ein jeder gern die Bitte trug; Er fannt des Mittelalters Kampf und Schmerzen, Wie mancher Mann sich schwer durchs Leben schlief. Er fannte sie und half mit eignen Mitteln, Im Reichstag und auch sonst er klar vertrat Des Handwerks, Handels

### Botaniker-Verammlung zu Halle.

Drei botanische Gesellschaften haben für den 5. bis 7. August ihre Mitglieder zu einer gemeinsamen Sitzung nach Halle zusammenberufen, und zwar die „Deutsche Botanische Gesellschaft“, die „Freie Vereinigung für Pflanzengeographie und Systematische Botanik“ und die „Vereinigung für angewandte Botanik“. Dieser Zusammenkunft ist vom 3. bis 5. August eine Reihe von Exkursionen in das Potsdamer Geopark der Umgebung von Potsdam vorausgegangen, nachdem sich die Exkursionsteilnehmer schon Montag, den 2. August, ebenfalls im Hotel „Friedrichstr.“ in Nordhausen getroffen hatten. Am Dienstag fand dann der Besuch des Windhühlerholzes und des Alten Stolbergs bei Teichgerath und Stempeda, am Mittwoch der Besuch des Saalsteinens, Kranichsteins und Trupsteins bei Sachsa, und am Donnerstag eine kurze Exkursion nach Elstertal.

Am Donnerstag abends 7 1/2 Uhr kamen die Mitglieder der drei Vereinigungen in der Halle'schen „Burg zur Luise“ zu einem Begrüßungsabend und zwanglosem Beisammensitzen zusammen. Unter den etwa 50 erschienenen Botanikern waren außer den hallerischen Professoren Karsten, Burgel, Schulz, Soldehise, Sollrunn, Holz, unter anderen zu bemerken Geheimrat Prof. Dr. Appel (Berlin), Geheimrat Prof. Dr. Drube (Dresden), Prof. Dr. Kringsheim (Berlin), Prof. Dr. Bornemann (Heidelberg) und Prof. Dr. Rippel (Breslau). Aus allen Gauen des Deutschen Reiches sind die Vertreter der botanischen Wissenschaft nach Halle zusammengekommen, um untereinander in Fühlung zu bleiben und von den neuesten Fortschritten ihrer Wissenschaft unterrichtet zu werden.

Am Freitag vormittag eröffnete um 9 Uhr Herr Prof. Dr. Karsten (Halle) im Saal des Botanischen Instituts der Universität die Generalversammlung der Deutschen Botanischen Gesellschaft, deren Verlauf für die Öffentlichkeit mit keinem Interesse sei wird. Man besaßte sich vor allem mit der Frage der ausländischen Zeitschriften und damit mit der Verhältnisse der deutschen Wissenschaft zu der des Auslandes übereinstimmend. Mit Frankreich und Belgien scheint jeder vorläufige gegenseitige Austausch ausgeschlossen, während die Beziehungen zu England, Italien und vor allem Amerika sich in letzter Zeit bedeutend verbessert haben. Am ausführlichsten sprach für die nächste Zeit der Austausch wissenschaftlicher Werke mit denen des Auslandes zu sein, da an direkten Kauf wegen der hohen Preise nicht zu denken ist. Diese ganzen Fragen wurden einer Kommission überlassen, deren Mitglieder durch Wahl bestimmt wurden.

Bei der Erörterung des Kassenberichtes und des Haus-

und des Bournen Sage; Vertrauen schenkt man ihm, dem Mann der Tat.

Ein deutscher Mann, der schwer vermodt zu fragen Des Vaterlandes Schmach und Niedrigkeit. Ein deutscher Mann, auf seiner Väter Scholle Mit deutschem Fleiß er Früchte sich erlangt.

Ein deutscher Mann, der schwer vermodt zu fragen Des Vaterlandes Schmach und Niedrigkeit. Ein deutscher Mann, auf seiner Väter Scholle Mit deutschem Fleiß er Früchte sich erlangt.

Und nun sein Wohlruhm: Gleiches Recht für alle! Nach dem er strebt als edler Demokrat; Er läßt den Tüchtigen an rechter Stelle, Für arm und reich er gleiche Liebe hat. Ein Arbeiterstag sein reiches, langes Leben — Die flehig Jahre volter Freud' und Leid. Es endete, wie er es heiß erbeten: Was Arbeit schnell hin in die Seligkeit! Und man in kurze seinen Leib begraben, Uns leib er weiter unter Führer Kopf, Wir uns mit seinem Geiste treulich führen, Sein deutsches Vorbild hilt uns kommen hoch.

Quertour, den 7. August 1920. J. N.

### Deutsches Reich.

Der Reichsrat stimmte in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag den zuletzt vom Reichstag angenommenen Gesetzen in der Fassung des Reichstags zu, darunter insbesondere dem Reichsgesetz über die Einsetzung der Reichsminister. Im Reichstag hat der Reichstag einen großen Teil der vom Reichsrat gestrichenen Beamtstellen wiederhergestellt. Im Reichsrat wurde nunmehr geltend gemacht, daß man keinen Widerspruch erheben sollte, da die Regierung dringend erklärt habe, daß die geforderten Beamtstellen unbedingt notwendig seien. Zum Entwafrungsgefch wurde von einigen Seiten der Wunsch geäußert, daß auch der Reichsrat in dem neu geschaffenen Parlamentarismus Beitrag für den Reichsminister vertreten sein sollte. Vom Ministerium des Innern konnte hierzu keine Erklärung abgegeben werden. Der Reichsrat gab sich schließlich damit zufrieden, daß ihm bei der Ausführung des Gesetzes eine verfassungsmäßige Mitwirkung gewährleistet ist.

Reichsminister des Aeußeren Dr. Simons tritt heute einen vierzehntägigen Urlaub an.

Der Staatssekretär v. Dr. Peters ist vom Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Entwaffnung ernannt worden.

Der Reichsanwalt hat sich zum Besuch seiner Angehörigen für kurze Zeit nach Kreibitz am Breisgau begeben.

Polen erhält drei deutsche Dörfer. Die Grenzregelungskommission hat, wie die „Dona“ meldet, Polen drei Dörfer des Kreises Bomm, nämlich die Dörfer Kleinort, Neu-Dra-Hausland und Essental, zugesprochen. Die Ortshausen sind von den polnischen Behörden bereits übernommen und an den Kreis Wlostein angegliedert.

### Ausland.

Paris erhält Japnellinfschiff. Paris, 5. Aug. Das ehemalige deutsche Japnellinfschiff „L. 72“, das sich zurzeit noch in Mausebe befindet, ist in den nächsten Tagen in den Hangar von Cuers in der Nähe von Toulon überführt werden. Die Fahrt nach seiner neuen Station, die am 10. August stattfinden wird, soll den Pariser Gelegenheit geben, das Luftschiff über der Hauptstadt mandrieren zu sehen.

Vor der Aufhebung des Bonlottis gegen Ungarn. Wien, 6. August. Meldungen der Abendblätter zufolge wird in diesen Tagen der Internationale Gewerkschaftskongress in Amsterdam die Aufhebung des Bonlottis gegen Ungarn verfügen. Diese Maßnahme wird auf Grund eines Antrages der österreichischen Gewerkschaften erfolgen, die zur Einsicht gekommen sind, daß durch die weitere Aufrethaltung

haltplanes man vor allem auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die mit der Herausgabe der Zeitschrift der Deutschen Botanischen Gesellschaft verbunden sind. Diese Beiträge müssen jedoch unter allen Umständen erhalten bleiben, denn nur durch sie vermag sich die Gesellschaft im In- und Ausland die genügende Stellung und das nöthigste Ansehen zu verschaffen. Man war sich darin einig, den Umfang der Zeitschrift weiterhin zu reduzieren und den bereits um 10 Mt. erhöhten Mitgliedsbeitrag nochmals um 10 Mt. auf 40 Mt. zu steigern, was bei der Anzahl von 500 Mitgliedern nicht allzusehr ins Gewicht fällt. Das sind aber Schwierigkeiten, unter denen alle wissenschaftlichen Vereinigungen heutzutage zu leiden haben, und durch die manche von ihnen ihrem Zusammenbruch entgegenzusehen werden.

Die öffentliche Sitzung von 10 1/2 Uhr ab letzte Geheimrat Prof. Dr. Drube (Dresden). Die beiden Vorträge, die dabei gehalten wurden, waren nur für Wissenschaftler von Interesse. Prof. Dr. Burgel (Halle) sprach über den „Schöpfkopparazitismus bei Chaetocladium und Paratella paraffinica“ und Prof. Dr. Pringsheim (Berlin) hielt einen Vortrag über die „Physiologie von Polytoma uellae“.

Am 10. Uhr hatte für Damen eine Besichtigung der Morisburg unter Führung von Frau Prof. Dr. Karsten und Frau Prof. Dr. Römer stattgefunden. Von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr fand unter Führung von Herrn Prof. Dr. A. Schulz (Halle) eine Besichtigung des Geländes der Kaiserlichen Leopoldinisch-Carolinischen Akademie der Naturforscher statt. Die Leopoldina ist bekanntlich die älteste naturwissenschaftliche Vereinigung Deutschlands; sie ist 1652 von einer Anzahl deutscher Gelehrte in Schweinfurt als „Academia naturae curiosorum“ gegründet, von Leopold I. 1687 zur „Societät Romanorum Curiosorum“ — Leopoldina — umgewandelt, 1742 befestigt. Die Bibliothek, die bis in die Zeiten eines ihrer ersten Präsidenten zurückdatiert, zählt heute 100 000 Bände; unter anderem enthält sie sämtliche von der Akademie herausgegebenen Schriften, die zuletzt unter dem Titel „Nova Acta“ erschienen sind. Ihr Hauptwert beruht auf dem Reichtum an Gesellschaftsdrucken, die sie aus dem In- und Auslande durch Tausch gegen die „Nova Acta“ bezogen hat, und in deren Reichhaltigkeit sie auf dem ganzen Kontinent einzig dastehet.

Einer Mittagspause wurde um 3 1/2 Uhr die Gesellschaftsversammlung fortgesetzt und nach deren Schluß kamen noch einige Redner mit kurzen Mitteilungen zu Wort. Prof. Dr. Magnus (Berlin) sprach über „Hemmungstoffe bei der Keimung von Samen“ und Prof. Dr. Löffler (Gorau) erstattete einige Mitteilungen über gewisse Flechtenarten.

Die öffentliche Sitzung von 10 1/2 Uhr ab letzte Geheimrat Prof. Dr. Drube (Dresden). Die beiden Vorträge, die dabei gehalten wurden, waren nur für Wissenschaftler von Interesse. Prof. Dr. Burgel (Halle) sprach über den „Schöpfkopparazitismus bei Chaetocladium und Paratella paraffinica“ und Prof. Dr. Pringsheim (Berlin) hielt einen Vortrag über die „Physiologie von Polytoma uellae“.

tung des Bonlottis Zugeständnisse der ungarischen Regierung in weitem Umfange nicht erzielt werden konnten, während Oesterreich durch den Bonlott in mehrfacher Hinsicht leidet.

### Der Tizsa-Projekt.

Wien, 5. August. Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen die Tizsa wurde der Anschlag V a a o v o r n e m m e n, der jedoch nur der Duerktion behufsichtigt ist. In seiner Auslage erscheint wiederum der normale Ministerpräsident K r i e b r i c h unter den hauptsächlichsten Anführern des Wortes. Am Sonntag des 30. Oktober 1918, an dem das Attentat stattfand, habe er Friedrich im Gespräch mit C s e p h o r A e r i, einem der Hauptschuldigen, gesehen und am Nachmittag habe sich Friedrich persönlich um die Beschaffung des Kraftmaterials bemüht, in dem die Attentäter sich zur Tizsa Tizsa begeben. Nagy erzählt dann noch einige Episoden, die auf den damaligen Ministerpräsidenten K a r o l y i den Vorabend der Zustimmung zu dem Verbrechen fallen lassen.

100 ungarische Zivilisten von einer rumänischen Grenzwaache zusammengeschossen.

Auf der Eisenbahnstation Hermannstadt kam es heute zu einem blutigen Blutbad. Eine Tzsa, die ihren nach jahrelanger russischer Gefangenenshaft endlich heimgekehrten Sohn, der man bei den Rumänen wieder eingezogen worden war, zum Abschied begleitete hatte, wurde von einem rumänischen Soldaten mehrmals aufgeführt, weggehoben. Als sie nicht ging, wurde sie von dem Soldaten mit dem Gewehrloß geschlagen, und zwar so, daß sie sofort tot zusammenbrach. Die anwesenden Ungarn waren über die Brutalität so erbittert, daß sie die nahe befindliche Wache angriffen. Herzbeherrenen Militär schoß auf die Ungarn, die keine Waffen bei sich hatten. Es gab mehr als 100 Tote und Verwundete.

### Das neue kirchliche Kabinett.

Konstantinopel, 5. August. Demad Ferid Pascha hat sein Kabinett wie folgt umgebildet: Demad Ferid Pascha Großwesir, ausmärtige Angelegenheiten und Krieg Mustafa Sabri Scheich-Et-islam; Reichsminister Mustafa Ameres; Raja Temsil Pascha Präsident des Staatsrats; General Samdi Pascha Marine; Kulidji Effendi Justiz; General Zeli Pascha öffentliche Arbeiten; General Habi Pascha Unterricht; General Simli Pascha fromme Stiftungen; Zema Bey Handel und Aderbau.

### Um Aegyptens Zukunft.

Notterdam, 6. August. Marshall Allen D o n, der aus Aegypten zurückberufen ist, wird in den nächsten Tagen in London erwartet. Wie die Wätker melden, ist er zurückberufen worden, um mit Lord George über die zukünftige Regierung von Aegypten zu beraten.

### Der englische Verlust in Mesopotamien.

Notterdam, 6. Aug. Die Nachricht von dem schweren Verlust der britischen Streitkräfte in Mesopotamien hat in London großes Aufsehen erregt. Man weiß darauf hin, daß der Verlust von 800 Mann dem Resten von beinahe drei Kompanien gleichkomme. Wie die Wätker melden, ist eine neue Division aus Indien nach Mesopotamien abgemacht.

### Die Lage in Persien.

Paris, 6. August. Nach einer „Times“-Meldung aus Teheran bereiten sich die Europäer vor, Tabriz zu verlassen, weil in der Nähe bereits bolschewistische Banden eingetroffen sind.

### Internationaler Bergarbeiterkongress.

Wien, 5. August. Derselbe hielt heute vormittag seine letzte Sitzung ab. Auf Vorschlag der englischen Delegation wurde die Errichtung eines permanenten internationalen General-Exekutivrats beschlossen. H u s (Deutschland) begründete eine Resolution, die Verrellung von Rohle und anderen Rohstoffen auf internationalem Wege regelt und mit dieser Aufgabe das internationale Arbeitsamt be-

Damit hatte die eigentliche Generalversammlung der Botanischen Gesellschaft ihr Ende erreicht. Anschließend fand noch eine Besichtigung des Botanischen Instituts und des Botanischen Gartens statt.

### Die Anpassung der Ruckdecker.

Eine viel erörterte Frage in der Besenngeschichte des Ruckdecks ist die nach der Anpassung seiner Eier, die in Farbe und Zeichnung so auffallend verschieden sind, an die Eier der Wiegdecker. Bisher war diese Frage noch ungeklärt. Sie wird aber nun beantwortet durch einen Vortrag des Oberstenleutnants v. Lucanus in der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft, über den er selbst in den „Naturwissenschaften“ berichtet. Lucanus hat die umfangreiche Eierausstellung des Berliner Museums für Naturkunde zu diesem Zweck durchgesehen und nicht weniger als 728 Gelege von 30 verschiedenen Vogelarten mit zusammen 765 Ruckdecker genau untersucht. Er stellte fest, daß von diesen 765 Ruckdeckern 575 mit den zugehörigen Nestletern in Farbe und Zeichnung ganz auffallend übereinstimmen. 23 Ruckdecker zeigen zwar einen bemerkbaren Unterschied, der in einer helleren, dunkleren oder auch abweichenden Färbung besteht, passen aber in ihrem Gesamtscharakter doch so gut zu den Eiern der Vogelarten, deren Nestler sie sich bedienen, daß man auch hier von einer Anpassung sprechen muß.

Die Welle der Berliner Wihbaromiete nach England. Die kürzlich veröffentlichte Welle über die von der Berliner Wihbaromiete unter Mitwirkung amerikanischer Kunstreiter nach London hat in einem Teil der englischen Presse keine besondere günstige Aufnahme gefunden. Es wird von einer Reihe englischer Zeitungen so dargestellt, als ob es sich hier um eine von deutscher Seite eingeleitete Propaganda handle, eine Auffassung, die natürlich vollkommen falsch ist, weil der Plan der Kunstreiter von englischer Seite angesetzt worden ist. Immerhin ist es wieder einmal, wie vorhin mit solchen „Annäherungsversuchen“ sein muß.

Uraufführung. Siegfried Wagners neue Oper „Sonnenflamme“ am 2. Oktober über Uraufführung von Josef Pringsheim, wird im Dezember die Uraufführung von Josef Pringsheim am 2. Oktober folgen. Anfang 1921 will man Schreier „Schwager über“ zur Uraufführung bringen.

Das Innsbrucker Stadttheater johlisiert. Das Innsbrucker Stadttheater, das seit Mai 1920 vom Betriebsrat der Bühnensammler auf seine alleinige Rechnung weitergeführt wird, soll nun neugeboren werden. Unter den Werbenden befindet sich auch der Betriebsrat, dem der Gemeinderat wahrscheinlich das Theater übertragen wird. Es steht also die Sozialisierung des Innsbrucker Stadttheaters in dem Sinne zu erwarten, daß der Betriebsrat die Direktion und den Gewinn übernimmt und die Bühnensammler sich in den Reingewinn teilen.



